

Institut der deutschen Wirtschaft

Dieser Artikel wurde für das Themenfeld **Lobbyisten in Ministerien** angelegt. Er enthält bislang nur Informationen über externe Mitarbeiter in Ministerien.

Das **Institut der deutsche Wirtschaft Köln e.V.** ist ein privates Forschungsinstitut. Mitglieder sind u.a. Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände. Laut Selbstdarstellung vertritt das IW "eine klare marktwirtschaftliche Position".^[1]

Rechtsform	Eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Wirtschaftsforschung
Gründungsdatum	1951
Hauptsitz	Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50459 Köln
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue des Arts 19 A-D, B-1000 Brüssel
Webadresse	www.iwkoeln.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Organisationsstruktur und Personal	1
2.1 Verbindungen	2
3 Finanzen	2
4 Lobbystrategien und Einfluss	2
5 Fallstudien und Kritik	2
5.1 Lobbyisten in Ministerien	2
6 Weiterführende Informationen	2
7 Einzelnachweise	2

Kurzdarstellung und Geschichte

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder, Mitgliederorganisationen (Verbände)

Organisationsstruktur, Rechtsform, zentrale Entscheidungsgremien, Sitz und Lobbybüros der Organisation
wichtige Personen (aktuell und ehemalig), z.B. Präsidium oder Cheflobbyisten (in Berlin/Brüssel)

Verbindungen

Finanzen

Lobbystrategien und Einfluss

Ziele, Interessen, Ausrichtung (national vs. europ/internat.), Politikfelder
erkennbare Konstanten, Einflussstrategien
Abschätzung des Einflusses, Wichtigkeit des Akteurs

Fallstudien und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Ende 2010 entsendete das IW einen Senior Economist ins Auswärtige Amt.

im Auswärtigen Amt

Zeitraum	02.09.2010- 17.12.2010, Erstattung der Kosten des IW durch das AA ^[2]
Mitarbeiter	Senior Economist
Bearbeitete Themen	Mitarbeit im Planungsstab des AA zum Thema Wissenstransfer und Ausarbeitungen zu Außenwirtschafts- und Finanzpolitik

Weiterführende Informationen

Einzelnachweise

1. ↑ [Selbstdarstellung des IW](#), Zugriff 06.09.2011
2. ↑ Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011